

Verleihung des Menschenrechtspreises der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016

Hintergrundinformationen zum politischen Kontext, zur Kandidatin sowie Begründung der Nominierung

Politischer Kontext

Das internationale Bild Kolumbiens wurde jahrzehntelang vom innerstaatlichen Konflikt, der Kriminalität und den Drogenkartellen von Medellín und Cali bestimmt. Aber seit mindestens zehn Jahren befindet sich das Land auf dem Weg der Besserung. Die Kriminalität ist stark gesunken, die Mordrate liegt heute auf einem für Lateinamerika durchschnittlichen Niveau. Auch wenn die organisierte (Wirtschafts-)Kriminalität weiterhin eine große Herausforderung bleibt, sind die Drogenkartelle zerschlagen. Auch die Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla sind mittlerweile so weit gediehen, dass ein Friedensabkommen wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2016 unterzeichnet werden kann.

Sollte dies gelingen, wäre Kolumbien noch immer geprägt von einer rekordverdächtigen sozialen Ungleichheit und einer Institutionenlandschaft, die schnellen Lösungen der zahlreichen sozio-ökonomischen Probleme entgegensteht. Doch der am längsten währende bewaffnete Konflikt der Welt hätte endlich ein Ende gefunden.

Noch steht der Friedensprozess unter einem vom Präsidenten Juan Manuel Santos zu Beginn der Verhandlungen geäußerten Vorbehalt: Die verhandelten Teilergebnisse haben nur dann Bestand, wenn der gesamte Verhandlungsprozess erfolgreich abgeschlossen wird. Aber nachdem bereits seit längerer Zeit Einigungen bei den Verhandlungskapiteln zur Verbesserung der Bedingungen des ländlichen Raums, zum Rückzug der FARC aus dem Drogengeschäft und zur Beteiligung der FARC am politischen Leben bestanden, konnten Mitte Dezember 2015 auch die Kapitel zur Entschädigung der Opfer und zur Übergangsgerechtigkeit abgeschlossen werden. Für die ersten Monate des Jahres 2016 können sich die Verhandlungsdelegationen nun darauf konzentrieren, wie die Niederlegung der Waffen erfolgen soll und wie das Verhandlungsergebnis juristisch und gesellschaftlich legitimiert werden kann.

Die meisten Beobachter_innen sind zuversichtlich, dass die vom Präsidenten Santos verkündete Frist des 23. März 2016 für die Unterzeichnung eines Friedensabkommens ungefähr eingehalten werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt muss auch geklärt sein, in welcher Form die gesellschaftliche Legitimierung erfolgen soll. Am wahrscheinlichsten ist die Durchführung eines Plebiszits, für das das Quorum bei 13 Prozent der Wahlberechtigten liegen würde. Diese Hürde sollte mit Blick auf das Wahlergebnis von Präsident Santos aus dem Jahr 2014 zu überwinden sein. Die FARC fordern zwar weiterhin eine verfassungsgebende Versammlung, diese Forderung wird jedoch von keiner politischen Partei unterstützt. Es ist zu erwarten, dass die

FARC ihre endgültige Zustimmung zum Friedensabkommen nicht an dieser Frage scheitern lassen werden.

Insgesamt kann daher davon ausgegangen werden, dass die kolumbianische Regierung und die FARC sich in den kommenden Monaten auf ein Friedensabkommen einigen werden. Dieses würde der kolumbianischen Bevölkerung voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2016 zur Abstimmung vorgelegt. Die Niederlegung der Waffen dürfte dann noch im Laufe des Jahres 2016 beginnen.

Ein Ende des Konflikts durch Verhandlungen wäre immens wichtig für die Bevölkerung Kolumbiens. Auch für all diejenigen Organisationen, die sich für die Wahrung und Vertiefung der Menschenrechte und für die Überwindung der sozioökonomischen Ungleichheit einsetzen, brähe damit ein neues Zeitalter an. Die Zivilbevölkerung litt und leidet, vor allem in vielen ländlichen Regionen, schon viel zu lange an dem Konflikt und erfährt zahlreiche Verletzungen ihrer elementaren Rechte. Hierbei sind Frauen in besonderer Weise etwa von Vertreibung oder sexueller Gewalt betroffen.

Klar ist: Ein unterzeichnetes Friedensabkommen wäre nicht das Ende der Arbeit für den Frieden in Kolumbien, sondern nur ein wichtiger Etappensieg. Für einen erfolgreichen Friedensprozess und die Umsetzung der Vereinbarungen braucht es eine wache und schlagkräftige Zivilgesellschaft. Externe Akteure sollten deshalb ihre Möglichkeiten nutzen, die Organisationen zu stärken, die sich für die friedliche Lösung von Meinungsverschiedenheiten einsetzen und die Umsetzung der Menschenrechte für alle einfordern.

Das nominierte Projekt

La Ruta Pacífica de las Mujeres (kurz *Ruta Pacífica*, dt.: Der Friedensweg der Frauen) ist eine feministische Bewegung, die sich für eine Lösung des bewaffneten Konflikts auf dem Verhandlungswege einsetzt. Sie hat sich insbesondere darum verdient gemacht, die Auswirkungen des Krieges auf die Frauen sichtbar zu machen, sie streitet für die Einforderung der Rechte auf Wahrheit und Gerechtigkeit und sie setzt sich für eine partizipative Erinnerungskultur ein.

Diese Organisation, die seit zwanzig Jahren existiert und ursprünglich zum Ziel hatte, in dem von Gewalt heimgesuchten Ort Mutatá in Antioquia wenigstens für die Weihnachtszeit eine Waffenruhe zu erreichen, hat seitdem im ganzen Land ihre Spuren hinterlassen. Große Aufmerksamkeit erlangte die Bewegung vor allem durch Demonstrationen, die sie in besonders vom bewaffneten Konflikt betroffenen Orten des Landes organisierte und bei denen eine Vielfalt kreativer Elemente zum Einsatz kam, wie Verkleidungen oder „theatralische“ Aufführungen.

Mittlerweile ist eine Allianz von fast 300 Organisationen entstanden, in welcher sich Frauen aller sozialen Schichten der wichtigsten Konfliktregionen zusammenschlossen haben. In neun Regionen ist die *Ruta Pacífica* mit eigenen Regionalorganisationen vertreten: Antioquia, Bogotá, Bolívar, Cauca, Chocó, Putumayo, Risaralda, Santander und Valle del Cauca. Auf dieser regionalen und lokalen Ebene bemüht sie sich v. a. darum, den Frauen konkret zu helfen, die Schrecken des Krieges

zu verarbeiten und zu überwinden, z. B. durch Rechtsberatung, sozio-psychologische Unterstützung sowie Bildungs- und Kulturprogramme.

Was die *Ruta Pacífica* besonders auszeichnet, ist der Perspektivwechsel, den sie und ihre Mitglieder erreicht haben: Die Frauen der *Ruta Pacífica* sehen sich nicht mehr ausschließlich als Opfer des Konfliktes, sondern als gesellschaftliche und politische Subjekte, die sich aktiv am Friedensprozess beteiligen. Und dies in vorderster Linie, denn die *Ruta Pacífica* stellte ein Mitglied der Delegation von 60 Opfern des Konfliktes, die ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit Vertreter_innen der in Havanna versammelten Verhandlungsdelegationen teilten. Auch Marina Gallego, die nationale Koordinatorin der Bewegung, war als Mitglied der Gender-Kommission am Friedensprozess beteiligt.

Als ein wichtiges Projekt initiierte die *Ruta Pacífica* eine eigene Wahrheits- und Erinnerungskommission. In deren Rahmen sammelte die *Ruta Pacífica* mehr als 1.000 individuelle Zeitzeugnisse von Frauen, deren Menschenrechte im Zuge des bewaffneten Konflikts verletzt wurden. Der Bericht der Kommission, die explizit von Basis-Aktivistinnen getragen wurde, gilt als wichtiger Beitrag zu den laufenden Friedensverhandlungen. Er wurde auch als Buch unter dem Titel „La verdad de las mujeres: Víctimas del conflicto armado en Colombia“ veröffentlicht. Damit trug die *Ruta Pacífica* direkt zum Prozess der Wahrheitsfindung und zur Erinnerungskultur bei und sorgte dafür, dass dabei die Perspektive von Frauen aller gesellschaftlichen Schichten zur Sprache kommt.

In Anerkennung dieser hervorragenden Arbeit wird die *Ruta Pacífica* von einer Vielzahl von nationalen und internationalen Organisationen unterstützt. Vertreterinnen des Netzwerks sind regelmäßig an von der FES Kolumbien organisierten Debatten beteiligt. Im Jahre 2014 gewann die *Ruta Pacífica* den von der FES Kolumbien mitvergebenen *Premio Nacional de Paz*.

Begründung für die Nominierung

Auch wenn die Mitglieder der Verhandlungsdelegationen von FARC-Guerilla und kolumbianischer Regierung in Havanna meist im Mittelpunkt stehen, wenn vom Friedensprozess die Rede ist: Die positive Entwicklung der vergangenen Monate wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht zivilgesellschaftliche Organisationen über Jahre hinweg die „Flamme der Hoffnung“ genährt hätten. Das gilt besonders für die Zeiten, in denen die Regierung Uribe (2002 - 2010) auf eine militärische Lösung des Konflikts setzte.

La *Ruta Pacífica de las Mujeres* ist eine der wichtigsten dieser Organisationen. Sie trägt durch ihre Arbeit zu den beiden Eigenschaften des Friedensprozesses bei, die über Kolumbien hinaus Impulse für Konfliktlösung geben können: Zum ersten Mal werden die Opfer eines Konfliktes an den Friedensverhandlungen beteiligt, und zum ersten Mal wird die Geschichte des Konfliktes aufgearbeitet, während dieser Konflikt noch andauert.

Im Gegensatz zu einigen anderen Organisationen, die sich für den Frieden einsetzen, ist bei der *Ruta Pacífica* zudem zu erwarten, dass sie mit dem Abschluss des Friedensprozesses nicht ihre Existenzberechtigung verliert. Ihren Mitgliedern und

Repräsentantinnen ist bewusst, dass das Ende des bewaffneten Konflikts zwar ein *game changer* ist, dass Kolumbien damit aber noch lange nicht alle seine Herausforderungen bewältigt hat. Der Kampf der *Ruta Pacífica* für die Rechte der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe und auf die Unversehrtheit ihrer Körper wird lediglich in eine neue Phase eintreten.

Um den Frieden in Kolumbien dauerhaft abzusichern, wird es weiterhin erheblicher Anstrengungen vieler Personen und Organisationen bedürfen. Eine Organisation wie die *Ruta Pacífica*, die lange Zeit gewaltfreien Widerstand gegen unterschiedliche Formen von Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung geleistet hat und die das selbstständige Eintreten von Frauen(-organisationen) für ihre Rechte im Sinne des *empowerment* vorbildlich verkörpert, kann dabei eine wichtige Rolle spielen.

Aus all diesen Gründen befürworten wir, den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2016 an La *Ruta Pacífica* de las Mujeres aus Kolumbien zu verleihen.

Die Repräsentantin

Stellvertretend für die vielen Tausend Frauen aus ca. 300 Organisationen, die in der *Ruta Pacífica* zusammengeschlossen sind, soll deren nationale Koordinatorin, Marina Gallego, den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung 2016 entgegennehmen. Marina Gallego hat mehr als zwanzig Jahre Erfahrung in den Frauen- und Friedensbewegungen gesammelt. Sie hat sich große Anerkennung dafür erworben, politischen Diskussionen zu Menschenrechten, bewaffnetem Konflikt und Friedensschaffung aus Sicht der Frauen Impulse zu geben.

Marina Gallego ist eine der Gründerinnen der *Ruta Pacífica* de las Mujeres, welche sie derzeit als nationale Koordinatorin führt. In dieser Eigenschaft organisierte sie landesweite Mobilisierungen von Frauen, die auch international Beachtung fanden. Die ausgebildete Rechtsanwältin koordinierte zudem innerhalb der *Ruta Pacífica* die Wahrheits- und Erinnerungskommission und unterstützte diese als Teil des Forschungsteams.

Als Mitglied der ersten Expert_innendelegation auf dem Gebiet Geschlechter, die im Dezember 2014 nach Havanna reiste, war sie aktiv an den Friedensverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und FARC-Guerilla beteiligt. Im selben Jahr wurde sie von *El Tiempo*, der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes, in die Liste der wichtigsten Persönlichkeiten des Jahres aufgenommen.